

Haushaltsrede 2025

von

**Bürgermeister
Christian Seitz**

gehalten in der Sitzung der Gemeindevertretung
am 19. Dezember 2024

Es gilt das gesprochene Wort

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

(es gilt das gesprochene Wort)

als ich vor 20 Jahren meinen ersten Haushaltsplan in die Gemeindevertretung eingebracht habe, befand sich Deutschland in einer ähnlichen Situation wie heute. Wir hatten gerade die erste Rezession in der Geschichte unseres Landes hinter uns, den öffentlichen Kassen ging es schlecht, man sprach von zu viel Bürokratie, Wirtschaftskrise, Sparmaßnahmen. In Hessen hatte man gerade das Sparprogramm „Operation sichere Zukunft“ verabschiedet und der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte seine Agenda 2010 vorgelegt und in Gang gesetzt. Seine rot-grüne Regierung stand damals kurz vor dem vorzeitigen Aus, was dann ein halbes Jahr später tatsächlich auch so kommen sollte. Deutschland war „der kranke Mann Europas“ mit einer hohen Arbeitslosigkeit, hohen Produktionskosten und zu viel Bürokratie.

Heute stehen wir ganz ähnlich, wenn nicht vielleicht noch ein bisschen schlechter da: Im letzten Jahr hatten wir die zweite Rezession in der Geschichte unseres Landes, der Wirtschaft geht es schlecht und man klagt über zu viel Bürokratie und vor allem zu hohe Energiekosten. Zudem krankt sie an einem bundespolitischen Wirtschaftskurs, den man als „schlingernd“ bezeichnet kann. Eine zerstrittene und ausgelaugte „Zukunfts“- oder „Ampelregierung“ ist zerbrochen und wir stehen nach der missglückten Vertrauensfrage von Bundeskanzler Olaf Scholz wieder vor einer vorgezogenen Neuwahl.

Auch heute geht es den öffentlichen Kassen schlecht – auf allen staatlichen Ebenen. Diesmal trifft es aber insbesondere die kommunale Familie, verursacht durch explodierende Kosten im Sozialbereich. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch – ich bin Zeit meines Lebens Sozialpolitiker gewesen und auch in Kriefel versuchen wir durch viele familien- und sozialpolitische Maßnahmen und Gesten einen guten gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erreichen. Da entscheiden wir aber über die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, und versuchen diese bestmöglich einzusetzen.

In der großen Politik läuft das aber leider anders und ein Konnexitätsprinzip herrscht dort nicht. Da werden Gesetze gemacht, wie etwa die Einführung des Bürgergeldes, das nachweislich zu Mehrbelastungen führt, die von Seiten des Bundes nicht durchfinanziert sind. Das Bundesteilhabegesetz ist sicher eine gut gemeinte Initiative zur besseren und individuelleren Unterstützung von Menschen mit Behinderungen, die noch von der alten Regierung beschlossen wurde, führt Jahr für Jahr jedoch zu Mehrkosten von über 150 Millionen Euro, die über Umlagen durch die Landkreise finanziert werden müssen. Natürlich gehören auch die Kosten der anhalten Migration und der Unterbringung von Geflüchteten dazu. Auch in anderen Bereichen finanzieren wir Beschlüsse der Bundesebene mit, wie beispielweise im ÖPNV. Das Deutschlandticket findet die Bevölkerung sicher ganz toll. Durchfinanziert ist es jedoch nicht und das stellt einen einzigartigen Eingriff in die autonome Preisgestaltung der verschiedenen Verkehrsbetriebe und Verbände wie den RMV dar. Wer finanziert fleißig mit – die kommunale Familie. Zuletzt hat sich die Umlage, die wir an die MTV zahlen, verfünffacht und das wir in den nächsten Jahren so weitergehen. Die dicken Brocken, wie die Elektrifizierung des Fuhrparks und Verkehrsprojekte wie die RTW, sind da noch überhaupt nicht dabei.

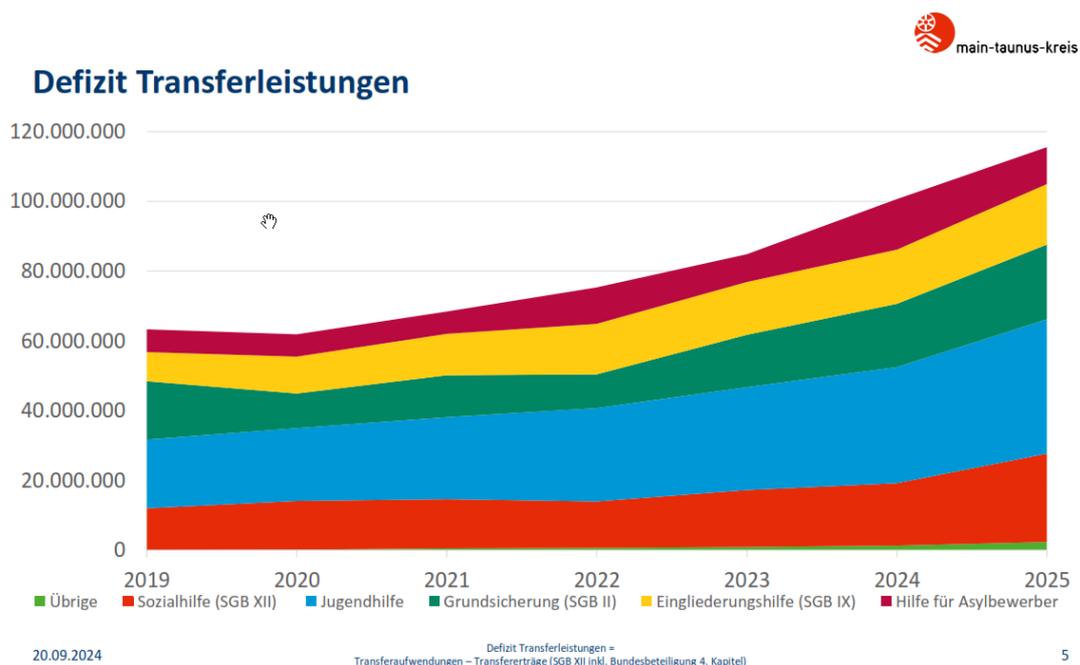
Die Entwicklung ist so dramatisch, dass parteiübergreifend der Hessische Landkreistag, der Spitzenverband der Landkreise, vor ein paar Wochen die „Wiesbadener Erklärung“ abgegeben hat, in der es unter anderem unter Punkt 5 heißt – ich zitiere: *„Den Landkreisen fehlt insbesondere angesichts enormer Transferleistungen in die soziale Sicherung jeglicher Handlungsspielraum. Die immer weitergehende Regelungsdichte der bundes- und landesrechtlichen Vorgaben führt dazu, dass den Kommunen kaum noch sachliche Gestaltungsspielräume bleiben. Die Landkreise sind im hohen Umfang zur Erfüllungsebene für Aufgaben geworden, die auf Bundes- und Landesebene generiert werden.“*

Gleiches schreibt der Oberbürgermeister von Tübingen, Boris Palmer, in einem Artikel mit dem Titel: „Der Bund treibt seine Städte ins Desaster“ und in der Allgemeinen Sonntagszeitung vom 1. Dezember 2024 zierte der Artikel „Herr Schmetz und die Not der Kommune“ von Andreas Nefzger die Titelseite. Ich habe beide Artikel meiner Haushaltsrede als Anlage beigefügt, weil sie treffend beschreiben, wie groß das Problem der Städte und Gemeinden derzeit ist und wo die Ursachen dafür liegen.

Auch unser Landrat Michael Cyriax hat bei seiner Haushaltsrede einmal mehr den Finger in diese Wunde gelegt und die Problematik klar verortet: Es ist die Bundesebene, die den Menschen Leistungen verspricht, ohne klar zu benennen, dass diese auch Geld kosten und ohne die Frage zu beantworten, wo dieses herkommt. Letztlich ist die Ampelregierung ja auch an dieser Frage zerbrochen – nämlich an der Frage, wie sie ihre eigenen Ziele finanzieren kann.

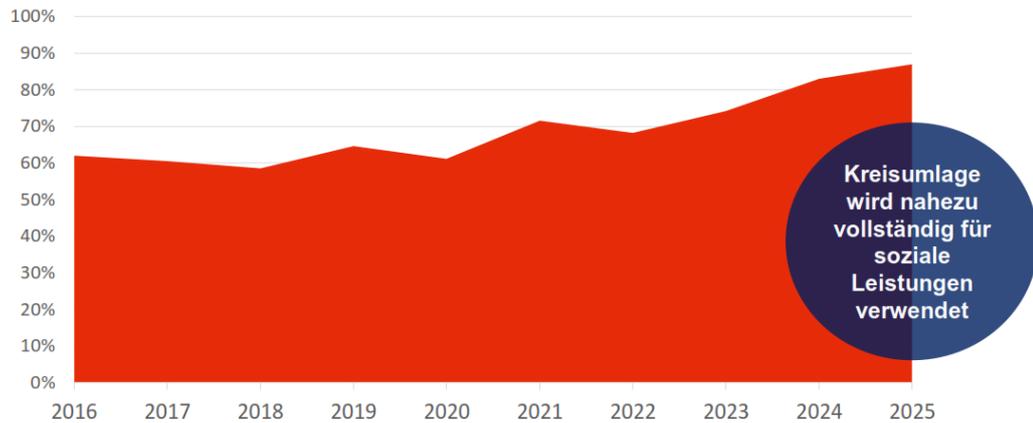
Am Beispiel des Main-Taunus-Kreises möchte ich die Problematik mit zwei Grafiken, die der Landrat bei seiner Haushaltsrede verwendet hat, auch einmal hier verdeutlichen.

Daran kann man ablesen, dass sich die Aufwendungen des Landkreises im Rahmen der verschiedenen Sozialgesetze in den letzten fünf Jahren von 60 Millionen Euro auf fast 120 Millionen Euro nahezu verdoppelt haben.



Mittlerweile fließen 90 Prozent der Kreisumlage, die wir Städte und Gemeinden an den Kreis zahlen, in Sozialausgaben. Vor fünf Jahren waren es lediglich 65 Prozent. Das zeigt deutlich, wo am Ende die Mehrbelastung landet, denn der Kreis finanziert sich durch die Umlagen, die die Städte und Gemeinden zahlen.

Anteil der Kreisumlage, der für Sozialleistungen aufgewendet wird



* Nach Abzug aller Umlagen

20.09.2024

6

Mit dem Haushalt 2025 löst der Kreis sämtliche Rücklagen auf und muss trotzdem die Kreis- und Schulumlage um 3,01 Punkte anheben. Um bei der Schulumlage nicht noch weiter erhöhen zu müssen, hat auch der Main-Taunus-Kreis sein Schulbauprogramm deutlich gestreckt. Zusammen mit der Kreisumlageerhöhung für das laufende Jahr in Höhe von 2,65 Punkte sind das 5,75 Prozentpunkte, die die Städte und Gemeinden mehr an den Kreis abführen müssen. Für Kriftel bedeutet dies eine Mehrbelastung unseres Haushaltes in Höhe von ca. 1,15 Millionen Euro.

Der Haushalt der Gemeinde Kriftel ist im Gegensatz zum Kreis aber nicht umlagefinanziert. Zwischen den Kommunen und dem Bürger gibt es keine staatliche Ebene mehr, der wir die Belastungen aufdrücken können.

Wir Städte und Gemeinden haben die Wahl, entweder unsere Leistungen immer mehr einzuschränken, wichtige Investitionen zu schieben oder zu streichen und Erhaltungsmaßnahmen der lokalen Infrastruktur auf ein Minimum zu reduzieren, oder diese Mehrbelastung schweren Herzens an die Bürgerinnen und Bürger weiter zu geben. Beides ist keine gute Idee und beides beschließt man nicht gern, aber wahrscheinlich müssen wir ein großes Stück von beidem tun, um seriös die Finanzen unserer Gemeinde zu gestalten. Da haben wir wohl keine Wahl.

Denn und ich habe es schon in früheren Haushaltsreden gesagt: Der Kern der Demokratie liegt in den Städten und Gemeinden. Dort muss die Arbeit funktionieren und die Aufgaben zur Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger erledigt werden. Geschieht das nicht, dann droht das Abwenden vom Staat und auch der Demokratie und das Erstarken verfassungsfeindlicher Parteien. Das will ich nicht, das wollen wir nicht und deshalb muss, wie es der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog 1997 treffend gefordert hat, ein Ruck durch unser Land gehen.

Ich habe eingangs davon gesprochen, dass die Situation heute eine ganz ähnliche ist wie 2004. Damals war sich die Bundesregierung aber zumindest in der Analyse einig, dass es dem Land schlecht geht und dringend etwas getan werden muss. Letztlich hatte Kanzler Schröder den Mut, mit der Agenda 2010 die Wirtschaft wieder anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Der heutige Kanzler wollte noch im Frühjahr dieses Jahres nicht einmal die

Analyse wahrhaben und hat sie verharmlost und bei Maßnahmen zum Gegensteuern war sich die Ampel nicht einig. Ich glaube, wir brauchen jetzt wieder, im Sinne von Roman Herzog, eine Art Agenda 2030, um unser Land wieder fit und in die Spur zu bekommen.



Meine Damen und Herren, es tut mir leid, dass ich Sie kurz vor Weihnachten mit diesen schlechten Nachrichten konfrontiere und mit der Vorlage des Etatentwurfes für das kommende Jahr darum bitte, genau die eben beschriebenen schweren Entscheidungen zu treffen. Denn ohne diese Entscheidungen wird unser Haushalt ein Loch von ca. 1,2 Millionen Euro aufweisen und die Genehmigungsfähigkeit ist gefährdet.

Leider fällt die Notwendigkeit zu einer Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes genau in das Jahr der Reform der Grundsteuer, nachdem das alte System durch das Bundesverfassungsgericht außer Kraft gesetzt wurde. Das Land Hessen und auch wir alle hatten uns vorgenommen, die Reform zunächst aufkommensneutral zu vollziehen. Das heißt, den Bürgerinnen und Bürgern in Summe nur so viel Geld abzunehmen, wie die Gemeinde im alten System in Summe erhalten hat. Mit Erlass der Hebesatzsatzung und der Festlegung des Hebesatzes auf 695 Punkte sind wir diesem gemeinsamen Ziel zunächst auch nachgekommen. Jetzt schlägt der Gemeindevorstand vor, noch einmal 280 Punkte oben drauf zu packen.

Aber meine Damen und Herren, im Grunde entspricht dieser Vorschlag auch der Erfüllung einer Art Aufkommensneutralität für die Gemeinde. Es ist nämlich genau der Betrag, den wir durch die Kreis- und Schulumlageerhöhungen in 2024 und 2025 an den Main-Taunus-Kreis abführen müssen. Die Gründe dafür habe ich eben erläutert. Ich weiß es fällt schwer, aber es ist nun mal, die Bundesgesetzgebung, die zu dieser Anhebung führt.

Aber schauen wir uns zunächst noch einmal die Grundsteuerreform an. Das Ziel dieser Reform ist es, das System gerechter zu machen. Im alten System haben Eigentümer verhältnismäßig alter Immobilien verhältnismäßig wenig Grundsteuer gezahlt und die Eigentümer neuer Immobilien mit oftmals sogar kleinerem Grundstück deutlich mehr. Vergleicht man zum Beispiel ein Haus in der Friedrich-Ebert-Straße mit einem Haus etwa am Ringofen, so zahlten die Eigentümer in der Friedrich-Ebert-Straße 130 Euro pro Jahr während der Eigentümer am Ringofen 750 Euro bezahlt hat. Dies sind nur Beispiele, die aber real sind. Das ist schon eine ziemliche Diskrepanz und man kann es als Ungerechtigkeit bezeichnen. Im neuen System, mit dem aufkommensneutralen Hebesatz, den Sie bereits beschlossen haben, muss der Eigentümer der Friedrich-Ebert-Straße jetzt 450 Euro, also etwa 330 Euro mehr bezahlen, wenn gleichzeitig der Eigentümer am Ringofen 500 Euro, also etwa 250 Euro weniger bezahlt. Man sieht, dass die beiden neuen Grundsteuer-Beträge deutlich dichter beieinander liegen und man von einer größeren Gerechtigkeit sprechen kann.

Lage	Altes System		Neues System				
	Meßbetrag (alt)	Hebesatz 550	Meßbetrag (neu)	695	Differenz	975	Differenz
Im Engler	167,52 €	921,36 €	89,00 €	618,55 €	-302,81 €	867,75 €	-53,61 €
Friedrich-Ebert-Str.	23,14 €	127,27 €	65,00 €	451,75 €	324,48 €	633,75 €	506,48 €
Windthorststraße	54,77 €	301,24 €	90,00 €	625,50 €	324,27 €	877,50 €	576,27 €
Am Ringofen	136,56 €	751,08 €	72,00 €	500,40 €	-250,68 €	702,00 €	-49,08 €
Am Ziegeleipark	133,87 €	736,29 €	63,00 €	437,85 €	-298,44 €	614,25 €	-122,04 €

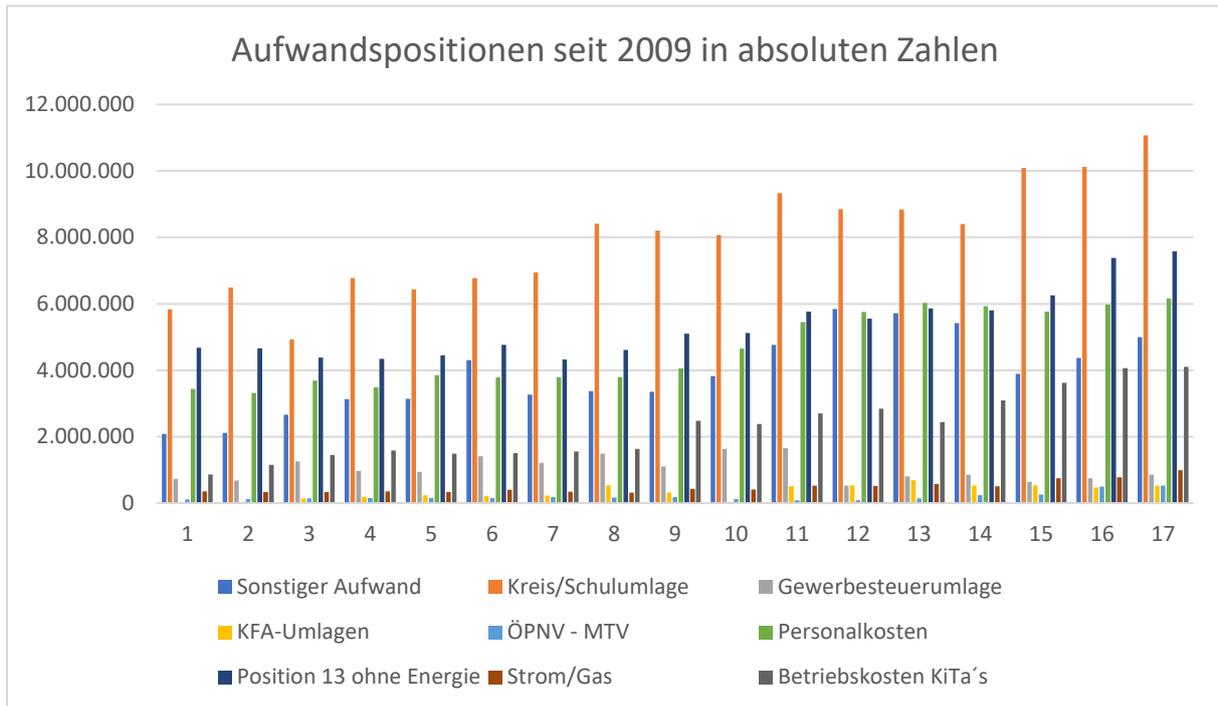
Allerdings, und darauf wollte ich hinaus, wird es einige Grundstückseigentümer geben, die deutlich mehr bezahlen müssen. Die Veränderung durch das System ist dabei deutlich größer als diejenige, die wir durch die weitere Erhöhung des Hebesatzes vorschlagen. Es wird noch viel Mühe und Aufwand bedeuten, die Umstellung auf das neue System und die Erhöhung des Hebesatzes, so sie dem zustimmen, den Bürgerinnen und Bürgern zu erklären.

Meine Damen und Herren, mit der eben angesprochenen Erhöhung der Kreis- und Schulumlage und der gleichlautenden Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes weist der Haushaltsplanentwurf ordentliche Erträge in Höhe von 36.803.652 Euro bei ordentlichen Aufwendungen von 36.804.604 Euro aus. Das ordentliche Ergebnis beträgt damit - 952 Euro und man kann denke ich von einer schwarzen Null sprechen.

Natürlich schlägt der Gemeindevorstand keine Grundsteueranhebung vor, wenn er nicht davon überzeugt wäre, die Etatplanung so sparsam wie möglich zu gestalten und dabei aber auch das aus seiner Sicht Nötige weiterhin zu tun. Sie werden später besonders bei der Vorstellung der Projekte feststellen, dass wir im Bereich der Investitionen wirklich auf die Vollbremse getreten sind.

Betrachtet man die Entwicklung der wichtigsten Aufwandspositionen im Ergebnishaushalt, dann erkennt man aber auch diesen Geist der Sparsamkeit. Das Diagramm betrachtet einen Zeitraum von 2009 bis 2025. Und man erkennt auch, in welchen Positionen der Aufwand extrem gestiegen ist. Während sich die Personalkosten innerhalb 15 Jahren nicht einmal verdoppelt haben, sehen wir bei den Kitakosten beispielsweise nahezu eine Verfünfachung der Kosten. Auch die verschiedenen Umlagen im Rahmen des KFA haben sich nahezu vervierfacht und die Kosten für den ÖPNV verfünffacht. Auch wenn sich die Kreis- und Schulumlage prozentual mit knapp einer Verdoppelung gar nicht so stark entwickelt hat, sieht man aber in der folgenden Grafik in absoluten Zahlen, wie stark sie unseren Haushalt belastet und vor allem, dass sie mit Abstand die größte Aufwandsposition darstellt.





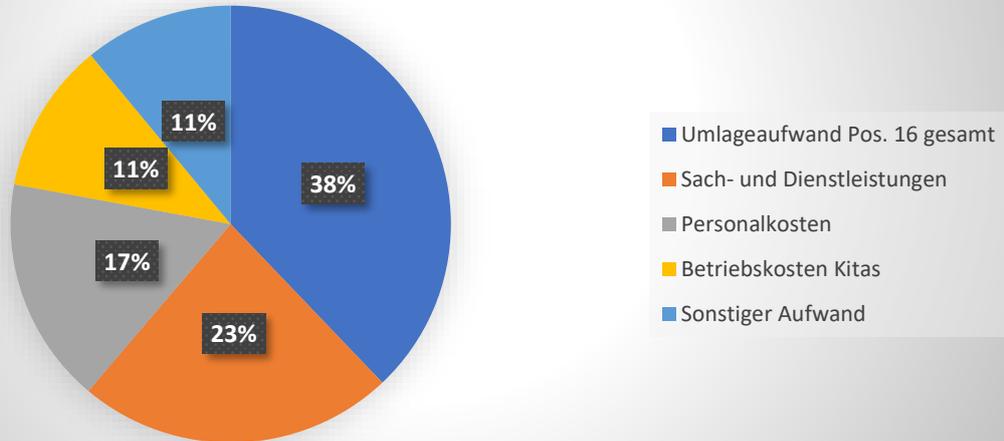
Die kalkulierten Personalkosten liegen mit 6.160.406 Euro nur etwa 3 Prozent über dem Wert für 2024. Natürlich kann es hier noch zu Veränderungen kommen, je nachdem wie sich die Tarifvertragsparteien einigen. Dabei berücksichtigt ist aber auch die neue Position unserer Klimaschutzmanagerin, deren Stelle auf der Ertragsposition ja sogar durch den Bund gefördert wird. Bei den Sach- und Dienstleistungen, der sogenannten Position 13, gibt es immer wieder Schwankungen durch einzelne Projekte. Im kommenden Jahr fließen hier zum Beispiel auch Aufwendungen für das Klimaschutzkonzept, das Ortsentwicklungskonzept und die Erarbeitung der Starkregengefahrenkarten mit hinein. Nicht zu vergessen sind in diesem Zusammenhang auch die Energiekosten für Strom und für Gas, die erheblich steigen. Dennoch steigt der Aufwand bei der Position 13 insgesamt mit ca. 5 Prozent nur sehr moderat auf 8.563.269 Euro an.

Obwohl wir in diesem Jahr die Betreuungsgebühren bereits deutlich angehoben haben, steigen die Aufwendungen zur Deckung der Betriebskosten immer stärker an und bilden mit über 11 Prozent eine der größten Aufwandspositionen in unserem Haushaltsplanentwurf. Für die Betreuung der Kinder haben 4,1 Millionen Euro veranschlagt. Dieser Wert läge noch deutlich höher, wenn nicht durch den Fachkräftemangel auch im kommenden Jahr einige Erzieherstellen unbesetzt bleiben werden.

Insgesamt gliedern sich der Gesamtaufwand in Höhe von 36.804.604 Euro wie folgt auf.

Gliederung Haushalt nach den wichtigsten Aufwandspositionen

Gesamtaufwand: 36.804.604 €



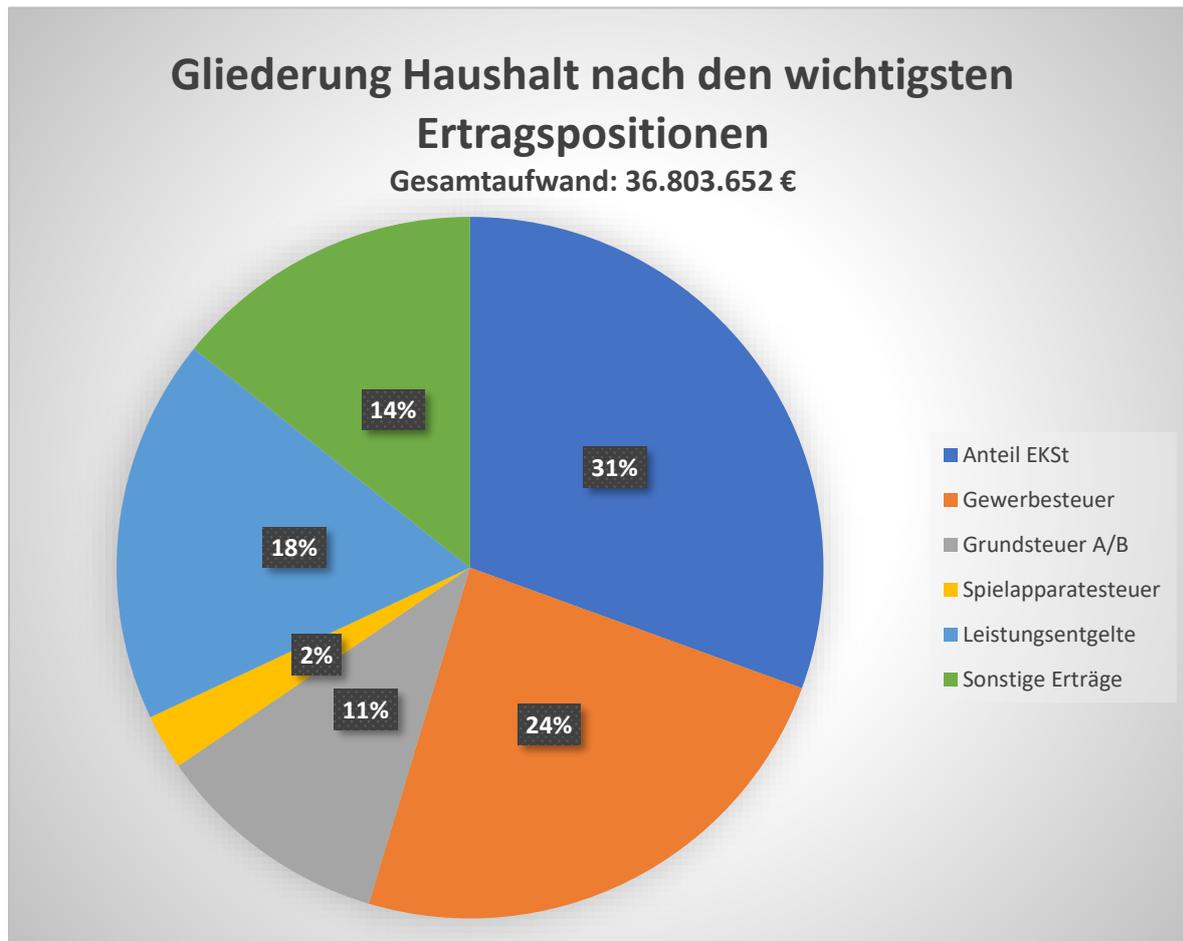
Meine Damen und Herren, ich habe eingangs meiner Haushaltsrede von Rezession und einem schlechten Zustand der Wirtschaft in Deutschland gesprochen. Glücklicherweise spüren wir das im Bereich unseres Steuerhaushaltes noch nicht so stark. Im Gegenteil haben sich die Erträge aus Gewerbesteuer in 2024 erst einmal wieder erholt und wir hoffen, dass wir im kommenden Jahr wieder 8,8 Millionen Euro als Einnahmen bei dieser Steuerart verbuchen können. Aber leider wird das wohl erst einmal die Ruhe vor dem Sturm sein. Die Prognosen laufen eher in die Richtung, dass wir den schlechten Zustand unserer Wirtschaft erst zeitversetzt in den Kommunen erleben werden.

Glücklicherweise haben wir vor vielen Jahren auch hier in Kriftel die Weichen richtig gesetzt und mit der Entwicklung des Gebietes Krifteler Wäldchen auch die potentiellen Gewerbeflächen erhöht. Seit ein paar Wochen ist das Verfahren nun endlich abgeschlossen, wir haben mit den Erschließungsmaßnahmen begonnen und können nun auch im kommenden Jahr, zumindest was die Gewerbeflächen anbetrifft, in die Vermarktung gehen. Ziel muss es sein, potente Unternehmen hier bei uns anzusiedeln, um langfristig auch die Basis für unsere Einnahmen bei der Gewerbesteuer deutlich zu erhöhen. Aber natürlich wissen wir alle, dass wir dann nicht von Tag 1 bei einem neuen Unternehmen unbedingt mit Steuereinnahmen rechnen können, aber langfristig ist das eine gute Aussicht für die Zukunft.

Zwar wächst der Anteil an der Einkommenssteuer im kommenden Jahr nicht so stark, wie das noch mit in der mittelfristigen Finanzplanung prognostiziert wurde, aber er steigt dennoch um etwa 500.000 Euro auf 11,2 Millionen Euro an und ist damit unsere wichtigste Einnahmequelle. Erstaunlicherweise ist Kriftel eine der wenigen Kommunen, die durch den neuerlichen Zensus keine weiteren Einwohner verliert, wie das landesweit nahezu bei allen Kommunen der Fall ist. Vielleicht haben wir in den Folgejahren dann endlich einmal Glück und profitieren dann auch dadurch bei der Einkommenssteuer.

Immerhin werden wir im kommenden Jahr auch wieder echte Schlüsselzuweisungen erhalten, wenn auch mit 771.000 Euro auf relativ niedrigem Niveau. Auch beim KFA merkt man, dass das Geld bei den übergeordneten staatlichen Ebenen knapp wird. So hat das Land Hessen, um den eigenen Haushalt halbwegs finanzieren zu können, einen deutlichen Betrag aus dem KFA herausgenommen. Auch das spüren wir jetzt in unserem kommunalen Haushalt.

Insgesamt teilen sich die Erträge wie folgt auf.



Meine Damen und Herren, wenn Sie sich erinnern, dann habe ich im vergangenen Jahr in meiner Haushaltsrede davon gesprochen, dass wir noch über eine ordentliche Rücklage verfügen, mit der wir den Haushalt in diesem Jahr ausgleichen konnten. Warum machen wir das für das Jahr 2025 nicht wieder so?

Betrachtet man die Jahre 2023 bis 2025 müssen wir feststellen, dass der Ergebnishaushalt und der Finanzhaushalt drei Jahre in Folge nicht mehr nach den Vorgaben des Landes Hessen ausgeglichen werden konnte bzw. kann. Auch wenn die Ordentliche Rücklage zum Ausgleich des Ordentlichen Ergebnisses herangezogen werden kann, schwindet in deutlich schnellerem Maße die „freie Liquidität“ zur Deckung des Finanzhaushaltes. Wir haben uns im Gemeindevorstand mit diesem Umstand intensiv auseinandergesetzt und als Folge auch Ermächtigungen aus Vorjahren, die die Liquidität binden, reduziert und somit auf die Umsetzung von Maßnahmen/Projekten verzichtet – das Projekt Kita Bleichstraße ist hier wohl das prominenteste Beispiel. Hierdurch werden zwar Spielräume im Genehmigungsverfahren erreicht, allerdings decken die Steigerungen der Zuweisungen und Zuschüsse aus dem KFA und der Einkommensteuer die Steigerungsraten in den Aufwendungen und Umlageverpflichtungen nicht in gleichem Maße aus.

Diese Entwicklung zeigt sich auch bei den Gebührenhaushalten, die für 2025 angehoben werden mussten, da die Kostendeckung nicht mehr gewährleistet war. Insbesondere Lohnsteigerungen und überproportionale Preissteigerungen bei den Sach- und Dienstleistungen (einschl. Energiekosten) zehren die Erträge auf.

Können die beschriebenen Kostenentwicklungen der vergangenen Jahre noch durch Priorisierung von umzusetzenden Projekten einigermaßen kompensiert werden, so sind die Umlageverpflichtungen durch die Kreis- und Schulumlage der Jahre 2024 und 2025 nicht ohne weiteres aus dem Haushalt zu kompensieren. Das zweite Jahr in Folge steigen Kreis- und Schulumlage im sechststelligen Rahmen.

Wie ich schon zu Beginn meiner Haushaltsrede sagte, müssen insgesamt 2024 und 2025 Mehraufwendungen in Höhe von 1,15 Millionen Euro durch die Erhöhung der Kreisumlagesätze verkraftet werden. Dieser zusätzliche massive Liquiditätsabfluss macht die Erhöhung des Hebesatzes bei der Grundsteuer notwendig.

Wenn Sie jetzt fragen, warum reduzieren wir denn bei dieser Finanzlage nicht die so genannten freiwilligen Leistungen? Sie werden sie im Haushalt in der gleichen Höhe wieder finden wie im vergangenen Jahr. Dann sage ich Ihnen, dass wir genau das tun, indem wir sie trotz der zum Teil sprunghaft angestiegenen Inflation unverändert belassen wie 2024 und im Übrigen auch wie 2023, 2022 – so sogar wie 2010. Ja, meine Damen und Herren, auch wenn das jetzt viele schlechte Nachrichten waren, ist mir doch auch wichtig hier zu sagen, dass wir den Ergebnishaushalt zwar sehr sparsam kalkuliert haben, dass die Bürgerinnen und Bürger aber trotzdem darauf vertrauen können, dass wir keine Leistungen, die unser Kriftel so lebens- und liebenswert macht, einschränken. Hier bleiben wir, wie auch in den vergangenen Jahren, verlässlich. So können werden wir unsere Hilfs- und Rettungsorganisation auch zukünftig mit der nötigen Ausrüstung ausstatten, die zur Erfüllung ihres Dienstes notwendig ist, wir werden auch unsere Vereine und Verbände sowie das Ehrenamt weiter fördern, das unsere Gemeinde so facettenreich macht.

Und diese Herangehensweise zeigt sich auch im Bereich der Investitionen, die davon geprägt sind, unsere Infrastruktur zu erhalten, aber derzeit keine neuen Projekte vorsieht. Mit einer Investitionssumme von insgesamt ca. 1,7 Millionen Euro liegt sie absolut so niedrig wie in den letzten 10 Jahren nicht und wenn man die Preissteigerungsrate dazurechnet, wird dieser niedrigste Wert noch deutlicher im Vergleich zu den Vorjahren. Erstmals erwirtschaften wir auch durch diese sparsame Planung einen positiven Saldo in Höhe von 1.329.800 Euro und damit ein Liquiditätsplus aus dem Investitionshaushalt heraus, wenn wir alle geplanten Zuschüsse bekommen und im kommenden Jahr endlich die Grundstücke am Bahnhof und in der Kirchstraße veräußern können.

Die geplanten Investitionen sind im Grunde auch schnell aufgezählt. Etwa 280.000 Euro wollen wir in notwendige Erneuerungen im Kanal- und Straßenbau investieren. Die größten Investitionen wollen wir im Bereich des Freizeitparks mit insgesamt etwa 800.000 Euro umsetzen. Hier wollen wir zum einen die Minigolfanlage erneuern, den Weiher natürlich gestalten und die beliebte Hangrutsche erneuern.

Schwerpunkte des Investitionsprogrammes

Kanal- und Straßenbau	280.000 €
Freizeitparkeinrichtungen	800.000 €
Fortführung Neugestaltung KiSp „Am Mühlbach“	
Fortführung Sanierung Schwarzbachhalle	



Natürlich setzen wir auch diejenigen Projekte fort, die wir bereits begonnen und für die wir in Vorjahren Mittel veranschlagt haben. Zu diesen Projekten zählt unter anderem der Spielplatz Am Mühlbach, bei dem wir in diesem Jahr unter Beteiligung der Kinder und Familien, eine Planung entwickelt und abgestimmt haben.

Der Spielplatz Am Mühlbach ist neben dem Freizeitpark und der Freizeitanlange am Robert-Schumann-Ring der wichtigste Spielplatz in unserer Gemeinde.

Natürlich führen wir im kommenden Jahr auch unser Großprojekt zur Sanierung der Schwarzbachhallen fort. Auch wenn wir mit Rücksicht auf die Großveranstaltungen während der Fastnacht unsere Bautätigkeit ein Stückweit unterbrechen, gehen wir davon aus, dass die Baumaßnahmen im Herbst kommenden Jahres abgeschlossen sein werden. Die Arbeiten kommen gut voran. Besonders erfreulich ist, dass wir bei den vergebenen Gewerken bislang gut im Kostenrahmen liegen. Hoffen wir, dass das weiter so bleibt.

Während man die Dachsanierung in der Halle am Ende nicht großartig bemerken wird, glaube ich aber, dass wir uns auf die Eröffnung eines schönen Restaurants freuen können. Hier wird nicht nur die Küchentechnik auf den neuesten Stand für hoffentlich die nächsten 50 Jahre gebracht, sondern auch das Restaurant selbst wird im neuen Glanz erstrahlen. Hierzu sind wir in intensivem Austausch mit den neuen Pächtern, die sich bereits sehr darauf freuen, endlich mit dem Restaurantbetrieb loslegen zu können. Die große Photovoltaikanlage wird einen deutlichen Beitrag zur Einsparung von Energiekosten und vor allem zur Schonung der Umwelt leisten.

Wobei ich bereits bei den Projekten bin, die wir auch im kommenden Jahr beginnen werden. Seit ein paar Tagen hat unsere neue Klimaschutzmanagerin ihren Dienst bei der Gemeinde begonnen. Wir haben auch mit den neuen Fachbereichsleitern für den Bereich Bauen-, Planen und der Wohnungs- und Liegenschaftsverwaltung zwei Fachleute gewinnen können, die sich in den kommenden Jahren gemeinsam um das Thema Energieeinsparung und Klimaschutz kümmern werden. Hier werden wir unseren Beitrag leisten und nicht nur für Kriftel ein Klimaschutzkonzept aufstellen, sondern auch, wie in der Vergangenheit schon, pragmatisch sinnvolle Maßnahmen umsetzen. Wir freuen uns darüber, dass die Stelle der Klimaschutzbeauftragten durch das Land Hessen so großzügig gefördert wird. Zum Thema Klimaschutz gehört auch das Thema Klimaanpassung und hier spielt der Schutz der Bevölkerung durch Wettergroßereignisse eine Rolle. Dazu zählen vor allem Starkregenereignisse, wie wir sie in den letzten Jahren auch hier in Kriftel schon hatten. Hier wollen wir durch eine so genannte Fließpfadkarte analysieren, welche Bereiche in Kriftel bei solchen Ereignissen besonders betroffen sind, um geeignete Schutzmaßnahmen ergreifen zu können. Zudem werden wir in den kommenden Jahren an der ein oder anderen Stelle unser Kanalnetz ertüchtigen.

Neben dem Klimaschutzkonzept beginnen wir aber auch mit unserer kommunalen Wärmeplanung. Bei einer gut besuchten Bürgerversammlung Mitte November haben wir der Bevölkerung hierzu die anstehenden Schritte bereits erläutert. Auch wenn nach meiner Vermutung dabei keine besonders überraschenden Ergebnisse herauskommen werden, schaffen wir damit aber eine Entscheidungsbasis für unsere Bürgerinnen und Bürger, wie sie zukünftig ihre Häuser und Wohnungen beheizen wollen. Nach der deutlichen Verunsicherung der Bevölkerung durch das Heizungsgesetz glaube ich, dass in dieser Frage nun wieder eine Beruhigung eingetreten ist und die Bürger wissen, dass sie ihre Entscheidung in Ruhe und überlegt treffen können.

Als drittes Konzept wollen wir im kommenden Jahr endlich mit unseren Gemeindeentwicklungskonzept beginnen. Sicherlich werden sich dabei auch Teile der vorgenannten Überlegungen wiederfinden. Dazu müssen wir ein geeignetes Unternehmen finden, das den Prozess begleitet, und wir wollen natürlich auch die Bürgerinnen und Bürger daran beteiligen. Das wird für eine kleine Verwaltung, wie wir sie haben, sicher neben den sonstigen Aufgaben eine große Herausforderung. Ich gehe davon aus, dass wir für die zukünftige Entwicklung an vielen Überlegungen unseres bestehenden Entwicklungskonzeptes

festhalten, aber genauso wird es einiges geben, das wir verändern müssen, um auch den aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden.

Die absehbar größte Entwicklung wird Kriftel in den kommenden Jahren ganz sicher im Bereich des Baugebietes „Krifteler Wäldchen“ vollziehen. Hier werden nicht nur viele Wohnungen und Einfamilienhäuser entstehen, sondern wir können auch unser Gewerbegebiet deutlich erweitern. Wir sind sehr stolz darauf, dass es in der heutigen Zeit gelungen ist, ein solches Gebiet bis zur Umsetzung zu bringen. Letztlich arbeiten wir über 15 Jahre an der Entwicklung dieses Gebietes. Im Sommer konnte dann endlich der so genannte Schlussstein gesetzt werden, der Ankauf der letzten Grundstücke, so dass die Planung nun endlich umgesetzt werden kann, sobald die AGB beginnt, die Bebauung entlang der Bahnlinie umzusetzen. Mit der Ansiedlung von Gewerbe kann aber auch schon früher begonnen werden. Ich möchte an dieser Stelle, auch wenn er heute nicht da ist und seinen wohl verdienten Ruhestand genießt, mich noch einmal ganz herzlich bei Franz Jirasek bedanken, der dieses Projekt maßgeblich und federführend bis zum Ende geführt hat. Das war eine große Leistung, die für die weitere Entwicklung Kriftels sehr wichtig gewesen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit ist der Gesamtzusammenhang für das kommende Haushaltsjahr dargestellt und umrissen. Wir haben sparsam kalkuliert und geplant und wir mussten bei den Investitionen auf die Bremse treten. Und trotzdem schlagen wir mit dem Haushaltsplanentwurf keinen Kahlschlag vor. Alle Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger, alle Funktionen, die die Gemeinde Kriftel erfüllen muss und alle Projekte, die wir hier beschlossen und angeschoben haben, sind weiterhin finanziert. Hier sind und bleiben wir verlässlich.

Wir wollen weiterhin beste Bedingungen für unsere Familien in Kriftel. Wir wollen, dass alle Generationen sich hier in Kriftel wohlfühlen und sich daran beteiligen Kriftel weiterzuentwickeln. Deshalb sind für uns weiterhin eine starke Unterstützung unserer Vereine und Verbände und das Ehrenamt so wichtig. Genauso ist es uns wichtig, das kulturelle Leben in Kriftel weiter zu fördern und zu erhalten. Wir möchten die Partizipationsmöglichkeiten gerade von jungen Menschen in Kriftel stark in den Fokus zu nehmen. Es ist uns wichtig, frühzeitig die jungen Menschen mit den Themen Demokratie und Mitgestaltung der Gesellschaft zu begeistern und auf diesem Weg mitzunehmen. „Ohne Dich geht Kriftel nicht!“ muss von den jungen Menschen verinnerlicht werden. Es geht darum, auch und gerade in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, den Zusammenhalt in Kriftel zu bewahren.

Zu diesem Zusammenhalt gehört auch der politische Stil und der Umgang, den wir miteinander pflegen. Und ich möchte mich wirklich von Herzen bei ihnen allen bedanken, dass wir diesen guten und freundschaftlichen Stiel miteinander pflegen und die großen Herausforderungen in der Regel überparteilich und einmütig gemeinsam angehen und auch schwierige Entscheidungen, die gerade mit diesem Haushaltsplanentwurf einhergehen, verantwortungsvoll treffen.

Meine Damen und Herren, ich komme damit nun langsam zum Schluss. Wie Sie gemerkt haben, war meine Haushaltsrede ein bisschen anders und auch etwas spartanischer als Sie das vielleicht gewöhnt sind. Das hängt ein Stückweit mit der finanziellen Situation zusammen, in der wir uns befinden die dazu führt, dass wir nur sehr wenig Neues im kommenden Jahr werden umsetzen können.

Neu und anders wird aber auch der Haushaltsplan sein, den sie in den kommenden Wochen beraten werden. Neu in seiner Optik und in seiner Struktur. Der Grund hierfür liegt in der neuen Finanzsoftware DATEV, die zukünftig unser gewohntes System MPS ablöst. Auch diese Umstellung war und ist für unsere kleine Verwaltung ein Megaprojekt, das so nebenbei zu bewältigen ist und zum großen Teil mit eigener Manpower gestemmt wird.

Es wird sicher auch noch Dinge geben, die wir bei dem neuen Haushaltsplan anpassen und weiterentwickeln müssen. Das ist uns klar und da sind wir auch für Hinweise dankbar. Für das kommende Jahr stand jetzt aber erst einmal im Vordergrund, das Zahlenwerk mit der neuen Software aufzustellen - und das ist, finde ich, ist sehr gut gelungen. Einige Änderungen werden sie schnell feststellen. So finden sie zwischen den einzelnen Produkten keine in Word erstellten Blätter mehr, die die einzelnen Positionen erläutern. Die Bezeichnungen und Erläuterungen finden sie im Grunde bereits in dem Tabellenteil des Haushaltes selbst. Zusätzlich werden aber Besonderheiten im Vorbericht extra erläutert. Eine zusätzliche und wie ich finde sehr wertvolle zusätzliche Darstellung bietet der neue Haushalt aber auch, in dem er einen Querschnittsdarstellung aller Themen unabhängig der Produktzuordnung bietet. Hier können sie zum Beispiel die Gesamtpersonalkosten, die Gesamtaufwendungen für Strom oder Gas oder die Gesamtaufwendungen für EDV ablesen. Ich glaube, dass wir uns zukünftig sehr stark an diesem Teil des Haushaltsplanes orientieren. Aber wie gesagt, die Darstellung des Haushaltsplanes wird sich noch weiterentwickeln.

Meine Damen und Herren, wir haben gemeinsam unseren langjährigen Ersten Beigeordneten Franz Jirasek in seinen wohl verdienten Ruhestand verabschiedet und Sie haben mit Martin Mohr einen neuen Ersten Beigeordneten gewählt, der formal ab dem 1. Oktober diese Funktion übernommen hat. Gemeinsam haben wir die Verwaltung umstrukturiert und den Haushaltsplanentwurf gemeinsam aufgestellt. Wir arbeiten sehr gut und partnerschaftlich zusammen und bei allen personellen Umbrüchen ist es sehr gut, dass wir mit ihm einen Ersten Beigeordneten haben, der vom ersten Tag an voll in allen Themen steckt und die Aufgaben fließend übernehmen konnte. Nach der Besetzung der noch offenen Stellen und den Umzügen im Rathaus waren das schon für uns beide, aber auch für alle Mitarbeiter im Haus, anstrengende Wochen. Deshalb möchte ich mich sehr herzlich bei Martin Mohr, aber auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich dafür bedanken, dass sie proaktiv und engagiert diese Veränderungen und Umstrukturierungen angegangen sind und bewältigt haben. Im Zusammenhang mit dem Haushaltsplanentwurf möchte ich besonders auch der Finanzverwaltung danken, die gleichzeitig die Umstellung auf DATEV und die Umsetzung der Grundsteuerreform zu verkraften hatten. Es ist schön, ein solch gutes Team im Rathaus zu haben.

Wenn wir nun schon bei den Danksagungen sind, dann möchte ich das wie immer auch bei all den anderen tun, die Kriftel bewegen, lebendig machen und weiterentwickeln. Danke an all jene, die sich das ganze Jahr über in den Vereinen und Verbänden ehrenamtlich für die Gemeinschaft und damit auch für unser Kriftel eingesetzt haben. Danke auch an Sie, die Sie als ehrenamtliche Kommunalpolitiker Ihre Freizeit einsetzen, um Kriftel weiter zu entwickeln und die für ihre Entscheidungen nicht immer nur Applaus bekommen.

Ich wünsche Ihnen nun gute Beratungen des Haushaltsplanes 2025, bitte Sie sehr herzlich um Zustimmung zu diesem Zahlenwerk und stehe Ihnen - wie auch der Erste Beigeordnete sowie die Verwaltung - gerne für Rückfragen zur Verfügung.



Christian Seitz
(Bürgermeister)

Fremde Federn: Boris Palmer

Der Bund treibt die Städte in ein Desaster

Bislang kaum beachtet, bahnt sich in den deutschen Städten und Gemeinden ein finanzielles Desaster an, das die ohnehin taumelnde Republik vollends aus der Bahn werfen könnte. Vor der Pandemie schien alles noch in recht guter Ordnung. Sicher, es gab damals schon Kommunen in finanzieller Notlage und einen Investitionsrückstand in dreistelliger Milliardenhöhe, aber die Handlungsfähigkeit der meisten Kommunen war gegeben. Seit drei Jahren verschlechtert sich die finanzielle Lage rapide.

Die Universitätsstadt Tübingen war nach zehn Jahren mit positiven Jahresabschlüssen Ende 2022 schuldenfrei. Das ordentliche Ergebnis war im Jahr 2022 noch mit 20 Millionen Euro im Plus. Dieses Jahr wird das Ergebnis 20 Millionen im Minus landen, und für das Jahr 2025 prognostiziert die Kämmerei einen Anstieg des negativen Saldos auf 40 Millionen Euro. Das entspricht einem Haushaltsdefizit von zehn Prozent der laufenden Einnahmen.

Wie kann eine Stadt in wenigen Jahren vom schwäbischen Sparer zum Sanierungsfall werden? Die Einnahmen sind nicht das Problem. Sie steigen zwar nur noch langsam, aber bisher gehen sie nicht zurück. Verantwortlich für das Haushaltsdefizit sind rasant steigende Ausgaben. Zur allgemeinen Inflation kam der überhöhte Tarifabschluss mit etwa zehn Prozent Lohnsteigerungen, die in der Stadtkasse 20 Millionen Mehrkosten bewir-

ken, und Verdi will noch mal 8,5 Prozent aufsatteln. Weitere 25 Millionen muss Tübingen zusätzlich für Sozialleistungen bereitstellen.

Hier gibt es drei Kostentreiber: das Bundesteilhabegesetz, das gewaltige Lasten und Bürokratie erschaffen hat, denen kein ausreichender Nutzen für Behinderte gegenübersteht. Die Jugendhilfe, die mit stark steigenden Fallzahlen und der Erwartung, dass der Staat alle Probleme in zerfallenden Familien lösen soll, heillos überfordert ist. Und die Flüchtlingsversorgung, die sich auch indirekt auf nahezu alle anderen kommunalen Leistungssysteme mit großen Kostenbelastungen auswirkt. In Landkreisen, die Krankenhäuser betreiben, kommt obendrauf noch deren explodierendes Defizit.

Ungedekte Kosten müssen die Landkreise mangels eigener Einnahmen über die sogenannte Kreisumlage von ihren Kommunen einsammeln. Diese Umlage wird in Baden-Württemberg in nur zwei Jahren im Schnitt um etwa ein Viertel ansteigen, in Tübingen sogar um mehr als ein Drittel von 26 Prozent der Steuerkraft der Gemeinden auf 36 Prozent. Genau dieser Mechanismus treibt nahezu alle Kommunen in dramatische Defizite. Und das Schlimmste kommt erst noch. Mit der Verrentung der Babyboomer beginnt der Anstieg der Defizite in den Krankenkassen wie in der Renten- und Pflegeversicherung.

Bund und Länder schaffen trotzdem immer neue Ansprüche und reichen

die Kosten an die Kommunen weiter. Den neuen Rechtsanspruch auf Ganztagsplätze in Grundschulen müssen zu einem Drittel die Kommunen bezahlen, und der neueste Kabinettsbeschluss für ein Jugend- und Kinderinklusionsgesetz wird vom Städtetag zu Recht dafür kritisiert, dass der Bund die Kosten für die Kommunen politisch kleinrechnet, um sie später darauf sitzen zu lassen.

Weil einfach nicht mehr Geld für immer mehr Leistungen da ist, müssen die Standards auf breiter Front runter. Einen unbezahlbaren Sozialstaat können sich nur Leute wünschen, die unser Staatswesen von innen aushöhlen wollen. Und schon in wirtschaftlich guten Zeiten hat die AfD bekanntlich Rekordergebnisse erzielt.

Einstweilen werden landauf, landab Erhöhungen der kommunalen Steuern angekündigt und vollzogen. Leider gibt es dafür nur zwei Optionen, nämlich die Grundsteuer, die Wohnen weiter verteuert, und die Gewerbesteuer, die zu höheren Belastungen der Betriebe am Standort führen. Das hat also seine Grenzen. Folglich müssen die Ausgaben reduziert werden. Vom Schwimmbad bis zu Kita, vom Busverkehr bis zur Straßenerhaltung, vom Theater bis zum Museum, alles wird für die Bürger teurer und schlechter oder ganz gestrichen.

Gibt es überhaupt einen Ausweg? Wir könnten das Gestrüpp von Vorschriften mit der Axt abschlagen. Wir

könnten bei Bürgergeld und Rente mit 63 die Anreize zum Arbeiten vergrößern, statt Untätigkeit zu fördern. Wir könnten das Steuerrecht reformieren und Einwanderung auf den Arbeitsmarkt statt auf die Sozialhilfe ausrichten. Wir könnten die Digitalisierung endlich machen und die Infrastruktur in Ordnung bringen. Wir könnten das Bildungswesen wieder auf Leistung trimmen. Kurz, wir könnten alles angehen, was wir lange verschlafen haben.

Und wie wäre es, wir würden einfach wieder mehr arbeiten? Das Wirtschaftswunder wurde mit einer 48-Stunden-Woche geschaffen, und wer kriegsversehrt oder traumatisiert war, packte trotzdem mit an. Die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche könnte die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stabilisieren und das Fachkräfteproblem verringern. Undenkbar? Leben die Schweizer etwa schlechter, weil sie pro Arbeitnehmer im Jahr 200 Stunden mehr arbeiten als wir Deutsche? Oder ist das eine Erklärung, warum die Bahn dort funktioniert und die Wirtschaft läuft? Ich fürchte, wenn wir weiter nur zuschauen, wie unser Wohlstand zerrinnt, werden wir in den 30er-Jahren noch ganz andere Zumutungen diskutieren müssen. Noch ist Zeit umzusteuern, die Substanz ist da, aber die Zeit, sie wird knapp.

Der Autor (parteilos) ist Oberbürgermeister der Stadt Tübingen.

Herr Schmetz und die Not der Kommunen

In Gemeinden, Städten und Kreisen wird das Geld knapp. Ein Kämmerer berichtet, wo er jetzt sparen muss. *Von Andreas Nefzger*

Deutschland hat ein Problem. Um es zu sehen, muss man die Welt mit dem Blick von Christian Schmetz betrachten. Schmetz ist Kämmerer der Stadt Göttingen, und wenn er auf seine Heimatstadt schaut, dann kann er alles einteilen in Ertrag und in Aufwand.

Hunde zum Beispiel bringen Ertrag, weil ihre Halter für sie Steuern zahlen, voraussichtlich 550.000 Euro im kommenden Jahr. Dasselbe gilt für Glücksspielautomaten, weil die Stadt da mitverdient (2,8 Millionen), und für gebührenpflichtige Parkplätze (3,5 Millionen). Aufwand hingegen macht es, das Grün in der Stadt zu pflegen (3,9 Millionen), Obdachlose unterzubringen (5,6 Millionen) und ein Busnetz zu unterhalten (nach Abzug aller Einnahmen: 23 Millionen).

Um den Haushalt für die nächsten zwei Jahre aufzustellen, haben Schmetz und seine Mitarbeiter gerade die ganze Stadt so sortiert. Das Werk von 831 Seiten ist bisher nur eine Vorlage für die Politik. In diesen Tagen diskutiert der Rat der Stadt Göttingen über den Entwurf, noch im Dezember muss der Etat verabschiedet werden. Mit Streit ist zu rechnen, aber an den Zahlen der Kämmererei kommt keiner vorbei: Die Stadt nimmt demnach im kommenden Jahr knapp 592 Millionen Euro ein, gibt aber gut 642 Millionen aus. Es fehlen also 50 Millionen. Schmetz sagt: „Das ist eine Katastrophe.“

Mit der Katastrophe steht Schmetz nicht allein da. Im ganzen Land brüten Kämmerer über Zahlen, die schon mal besser aussahen. Wie das Statistische Bundesamt kürzlich vorrechnete, fehlten im ersten Halbjahr 2024 in den Haushalten der Kommunen 17,3 Milliarden Euro – zehn Milliarden mehr als im Jahr davor. Und der Deutsche Städtetag verweist auf eine Umfrage in Nordrhein-Westfalen, wonach dort kaum eine Stadt oder Gemeinde damit rechnet, in den kommenden fünf Jahren einen ausgeglichenen Haushalt hinzukriegen.

Wenn man also Christian Schmetz im Neuen Rathaus trifft, einem Betonturm am Rande der Altstadt, um sich mit ihm

über seine Zahlen zu beugen, dann erzählt er nicht nur davon, wie Göttingen mit seinen 130.000 Einwohnern in eine Schiefelage geraten ist. Er erzählt stellvertretend für viele Kämmerer, dass das Geld nicht mehr reicht und das Land sparen muss, nicht nur in Berlin, wo darüber eine Regierung zerbrochen ist.

Eine völlig neutrale Instanz ist der 45 Jahre alte Jurist dabei nicht. Beim Städtetag, der die Interessen der Kommunen vertritt, sitzt er im Finanzausschuss. Und wenn er zu Hause in Göttingen Lösungen für Probleme sucht, dann muss Schmetz dabei bedenken, dass die auch seiner Oberbürgermeisterin gefallen müssen, einer Sozialdemokratin. Er selbst ist CDU-Mitglied. Am Ende ist Schmetz aber auch einfach ein Beamter, der schauen muss, dass die Rechnung aufgeht.

Im Berufsleben von Schmetz geht es schon lange um Geld. In Frankfurt arbeitete er bei der Finanzaufsicht Bafin und in Berlin im Finanzministerium. Eine Weile war er auch Finanzreferent bei der Unionsfraktion. Inzwischen ist er Erster Stadtrat in Göttingen, gewählt nicht von

Im Haushalt der Stadt Göttingen klafft ein Loch von ungefähr 50 Millionen Euro. Stadtkämmerer Schmetz sagt: „Das ist eine Katastrophe.“

den Bürgern, sondern vom Rat der Stadt. Er vertritt die Oberbürgermeisterin, ist Dezernent für Finanzen, Ordnung und Feuerwehr und als solcher eben auch der Chef der Kämmererei.

Wenn Schmetz und seine Mitarbeiter ihre Stadt in Aufwand und Ertrag aufteilen, dann erfahren sie nicht nur etwas über Göttingen. Zwischen den vielen Zahlen und Tabellen steht auch immer etwas über das Land geschrieben, in dem sie

leben. Als Schmetz sein Amt 2018 antrat, ging es diesem Land gut, und entsprechend gut ging es Göttingen. Die Stadt konnte sogar etwas zurücklegen, oder wie Schmetz sagt: „Da haben wir eher den Kampf gegen Verwahrtgelte geführt.“

Dann kamen die Krisen. Im Haushalt für 2021 ging es um „erhebliche konjunkturelle und wirtschaftliche Veränderungen“ aufgrund der Pandemie. Im Doppelhaushalt 2023/2024, als plötzlich Krieg herrschte, ging es dann um „Aufwendungen für die Flüchtlingsunterbringung“ und „gestiegene Energiekosten“. Die zwei Kurven, die in keinem Haushalt fehlen, die blaue für Ertrag und die rote für Aufwand, gingen wieder auseinander. Nun sitzt Schmetz vor den Zahlen für die nächsten zwei Jahre, und wenn man ihn fragt, was er dieses Mal über die Lage im Land herauslese, dann sagt er: „Wir leben über unsere Verhältnisse.“

Das Problem, mit dem Schmetz umgehen muss, ist ein Problem des Aufwands wie des Ertrags. Eine wesentliche Ertragsquelle für Kommunen ist die Gewerbesteuer. Die Kämmererei rechnet damit, dass die Einnahmen von 180 Millionen Euro im vergangenen Jahr auf 75 Millionen im kommenden Jahr sinken werden. Zum großen Teil ist das eine Rückkehr zur Normalität, weil es Göttingen ein bisschen so ergangen ist wie Mainz: Wie dort der Impfstoffhersteller Biontech, so hat hier dessen Zulieferer Sartorius zwischenzeitlich viel Geld in die Kasse gespült, mit dem keiner gerechnet hatte. Aber Schmetz sagt, dass man auch in Göttingen die Folgen der schlechten Wirtschaftslage spüre: „Da gibt es extreme Verwerfungen in vielen Betrieben.“

Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sind jetzt wieder auf dem Niveau vor der Pandemie und dürften in den nächsten Jahren leicht steigen, womit Göttingen kein Spezialfall mehr ist. Nach den jüngsten Schätzungen können die Kommunen insgesamt mit einem kleinen Plus rechnen – so klein jedoch, dass es schnell von der Inflation aufgeessen wird.

Während die Einnahmen also bestenfalls stagnieren, steigen die Ausgaben, oder wie Schmetz sagt: „Der Aufwand

läuft uns davon.“ Die Zinsen sind ebenso gestiegen wie die Löhne im öffentlichen Dienst, vor allem müssen die Kommunen immer mehr für Sozialleistungen ausgeben: Bürgergeld, Jugendhilfe, Asylbewerberleistungen, Ganztagsbetreuung – mal steigen die Leistungen, mal die Zahl der Empfänger, mal die Standards. Was das bedeutet, lässt sich im Göttinger Haushalt an den Posten „Transferaufwendungen“ und „Wirtschaftliche Jugendhilfe“ ablesen. Im Jahr 2020 verursachten diese unter dem Strich Kosten von 245 und 18 Millionen Euro, im Jahr 2026 werden es wohl 338 und 28 Millionen sein.

Die kommunalen Spitzenverbänden klagen deshalb, Bundestag und Bundesrat beschließen immer mehr Leistungen, ließen die Kommunen aber auf dem Großteil der Kosten sitzen. Zu hören ist auch der Vorwurf, nur so könnten Bund und Länder die eine oder andere Wohltat vollbringen, die sie sich eigentlich gar nicht leisten könnten – die Schuldenbremse gilt schließlich nicht für die Kommunen.

Fragt man Schmetz, ob Bund und Länder die Kommunen als Schattenhaushalt benutzen, dann sagt er nicht, dass es so ist. Aber er sagt, er habe das Gefühl, dass es so sei. Wenn er davon spricht, dass Deutschland über seine Verhältnisse lebe, dann denkt er jedenfalls an die Sozialausgaben: „Wir hatten gute Zeiten, und da wurden auch viele wichtige Dinge gemacht, aber jetzt ist die Frage: Was können wir uns noch leisten in diesem Sozialstaat?“

Das aber ist keine Frage, über die Christian Schmetz oder der Rat der Stadt befinden können, weshalb sie schauen müssen, wie sie mit dem Loch im Haushalt umgehen. 50 Millionen Euro – wenn sie jetzt beschließen würden, künftig ohne Feuerwehr und ohne Busnetz leben zu können, dann wäre das Loch gestopft. Aber das geht natürlich nicht, und auch sonst hat Schmetz nicht die eine große Stellschraube, an der er drehen könnte.

Die wichtigsten Einnahmequellen, die eine Kommune beeinflussen kann, sind die Gewerbesteuer und die Grundsteuer. Viel Spielraum gibt es da nicht, weil das eine schnell die Unternehmer vergrätzt und das andere die Bauherren verärgert.

Bei den Ausgaben lässt sich an vielen Posten überhaupt nicht rütteln, 60 Prozent sind mehr oder weniger fix: Transferleistungen, Zinsen, Umlagen. Hinzu kommt, dass der Sanierungsstau nicht nur auf Autobahnen herrscht, sondern auch in den Straßen Göttingens: Das Neue Rathaus ist genau genommen ziemlich in die Jahre gekommen, das Vereinsheim von Göttingen 05 und so manches Schulhaus stehen auch nicht besser da.

Für Schmetz folgen daraus zwei Dinge. Erstens müsse die Stadt jetzt vor allem dort sparen, wo sie freiwillig tätig ist, „bei

Das Parken soll ebenso teurer werden wie das Essen in den Schulen. Und für die Generalsanierung des Theaters reicht das Geld nicht mehr.

den schönen Sachen, die uns Spaß machen, bei Sport und Kultur“. Aus der Generalsanierung des Deutschen Theaters etwa kann erst mal nichts werden, die eingeplanten vier Millionen Euro im Jahr reichen dafür längst nicht aus. Abstriche sind womöglich auch beim Klimaschutz nötig, „der zwar die moralische Pflicht der Kommunen ist, aber rechtlich bis auf wenige Ausnahmen keine kommunale Pflichtaufgabe darstellt“. Schmetz sagt: „Wir müssen Entscheidungen treffen, die wehtun.“

Zweitens muss Göttingen seine Rücklagen aufbrauchen und Schulden machen. Die 47 Millionen Euro, welche die Kämmererei allein für nächstes Jahr an Investitionen eingeplant hat, sollen gänzlich über Kredite finanziert werden. Hinzu könnten Liquiditätskredite von bis zu 185 Millionen Euro kommen, um die laufenden Kosten zu decken.

Die neue Lage hat die Kommunalaufsicht auf den Plan gerufen. Zusammen

mit dem Haushalt muss Göttingen ein sogenanntes Haushaltssicherungskonzept verabschieden. Die Kommune muss darlegen, wie sie in den nächsten fünf Jahren gedenkt, ihre Finanzen in den Griff zu bekommen. Auch dafür hat die Kämmererei eine Vorlage erstellt.

Auf der Liste mit 97 Maßnahmen finden sich Ideen, die nicht dazu geeignet sind, Schmetz zum beliebtesten Bürger Göttingens zu machen. Die Stadt soll eine Zweitwohnsitzsteuer einführen und Stellen in der Verwaltung streichen. Die Hundesteuer soll steigen, das Parken teurer werden, das Essen in Schulkantinen mehr kosten. Kindergärten sollen die Betreuungszeiten einschränken, Bibliotheken ihre Öffnungszeiten. Bürger sollen an weniger Orten einen Ausweis beantragen können, aber an mehr in eine Radarfalle geraten. Ein „kulturpolitisches Konzept“ soll regeln, was künftig gefördert wird, vor allem aber: was nicht.

Selbst wenn der Rat der Stadt allen Punkten zustimmt, würde das im Jahr 2029, wenn auch die letzten Maßnahmen griffen, den Haushalt um lediglich 25 Millionen Euro entlasten – nicht genug. Für Schmetz steht deshalb fest: „Wir können als Kommunen unseren Beitrag leisten in dieser angespannten Lage, aber ohne eine gemeinsame Anstrengung von Bund und Ländern wird es nicht funktionieren – das gibt das kommunale Finanzsystem einfach nicht her.“

Zu diesem System gehören nicht nur Steuern und Sozialausgaben, es ist eine komplexe Rechnung mit Umlagen, Zuwendungen, Zuschüssen und Erstattungen, die kaum einer versteht, deren Ergebnis laut Deutschem Landkreistag aber ist: Aktuell schultern die Kommunen ein Viertel der gesamtstaatlichen Aufgaben, bekommen aber nur etwa ein Siebtel der Steuereinnahmen.

Für das, was Christian Schmetz sich wünscht, gibt es ein Wort, das eigentlich im deutschen Staatsrecht verankert ist. Es heißt Konnexität, und es meint, in den Worten des Kämmerers der Stadt Göttingen: „Wenn uns Bund und Länder Aufgaben zuweisen, dann müssen sie auch die dafür nötigen Mittel bereitstellen.“

Fotos AFR, EPA, Lucas Bäuml, Donal Boyd, Picture Alliance



FEUCHTGEBIETE

Unterwegs im artenreichen Pantanal im Westen Brasiliens.

Reise

NOTRE-DAME

Nach dem Brand öffnet die Kathedrale erstmals wieder.

Leben

OH, TANNENBAUM!

Bis der zu Hause steht, ist es ein langer Weg.

Technik & Motor



Kundenservice: (0 69) 75 91-10 00
Internet: www.faz.net/meinabo
Abo-Bestellung: (0 69) 75 91-33 59
Im Internet: www.faz.net/abo

Luxemburg, Österreich, Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Portugal (Cont.), Spanien, Kanaren, Balearen 6,00 € - Schweiz 6,30 sfrs

